

I 008**DGB-Bundesjugendausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Keine Führungszeugnispflicht für Ehrenamtliche

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Sexualisierte Gewalt ist ein großes Problem in allen Teilen der Gesellschaft. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind häufig davon betroffen, zumeist in ihrem sozialen Umfeld. Dazu gehören neben der Familie und der Nachbarschaft ausdrücklich auch Institutionen wie Vereine, Verbände etc. Die Prävention sexualisierter Gewalt, der Schutz vor Missbrauch, muss höchste Priorität in allen diesen Bereichen des Lebens der zumeist jungen Menschen haben. Der DGB begrüßt daher ausdrücklich die Einrichtung eines „Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch“ durch die Bundesregierung, um über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention zu diskutieren.

Im Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen erscheinen viele Optionen sinnvoll, die jedoch nicht isoliert als einzelne Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Dazu zählt die zentrale Aufgabe, Bewusstsein für das Problem zu schaffen, zu sensibilisieren und aufzuklären. Zudem müssen Menschen, die haupt- oder ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, umfassend für diese Aufgabe qualifiziert werden. Auch bedarf es für diesen Personenkreis eines verbindlichen Verhaltenskodex, der etwa die Form einer Ehrenerklärung haben kann. Für alle Hauptberuflichen, die in ihrer Arbeit mit Minderjährigen Kontakt haben, muss bereits heute von den Anstellungsträgern analog des § 72 a SGB VIII ein erweitertes Führungszeugnis eingeholt werden. Für den Krisenfall bei Bekanntwerden von Übergriffen bzw. bei Verdacht oder Hinweisen auf solche muss ein professionelles und geeignetes Vorgehen festgelegt und bekannt sein.

Eine Verpflichtung zur Einholung erweiterter Führungszeugnisse auch für alle Ehrenamtlichen lehnt der DGB aufgrund der äußerst geringen Aussagekraft sowie der Unverhältnismäßigkeit jedoch ab. Das erweiterte Führungszeugnis verhindert nicht, dass Pädophile oder Pädosexuelle in der Kinder- und Jugendhilfe aktiv werden. Es verhindert vielmehr, dass einschlägig (Vor-) Bestrafte aktiv werden können. Gerade in der Jugendverbandsarbeit – und damit auch innerhalb der Gewerkschaftsjugend – muss die Aussagekraft von Führungszeugnissen mit Blick auf bereits straffällig gewordene sexualisierte Gewalttaten als äußerst gering eingestuft werden, da die Aktiven meist selbst noch im jugendlichen Alter sind. Hinzu kommt eine nicht zu unterschätzende Datenschutzproblematik. Auch scheint der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen zu stehen. Zudem kann von Führungszeugnissen ein falsches und trügerisches Sicherheitsgefühl ausgehen und vortäuschen, sinnvolle präventive Maßnahmen reduzieren zu können.

Letztlich würden verpflichtende erweiterte Führungszeugnisse für Ehrenamtliche all jene, die sich aktiv in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einbringen wollen, unter Generalverdacht stellen. Der DGB lehnt eine Abkehr vom Primat der Unschuldsvermutung jedoch ab und fordert stattdessen erfolgversprechendere Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen.